

An die
Präsidentin des Bundesrats
Inge POSCH-GRUSKA
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.410/0008-IV/10/2018

Wien, am 10. August 2018

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Bundesräte Dr. Dziedzic, Kolleginnen und Kollegen haben am 12. Juni 2018 unter der **Nr. 3526/J-BR** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Trade in Services Agreements (TiSA) gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 18:

- *Welche Ausnahmen von einer generellen Liberalisierung gibt es im Bereich öffentliche Dienstleistungen?*
- *In welcher Form sind diese Ausnahmen im Bereich öffentliche Dienstleistungen sichergestellt?*
- *Wodurch wird garantiert, dass die Wasserversorgung durch TiSA nicht liberalisiert wird?*
- *Welche Ausnahmen von einer generellen Liberalisierung gibt es im Bereich audiovisuelle Dienstleistungen?*
- *In welcher Form sind diese Ausnahmen im Bereich audiovisuelle Dienstleistungen sichergestellt?*
- *Welche Ausnahmen von einer generellen Liberalisierung gibt es in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales?*
- *In welcher Form sind diese Ausnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales sichergestellt?*
- *Durch welche Ausnahmen von einer generellen Liberalisierung wird der Datenschutz sichergestellt?*
- *In welcher Form sind diese Ausnahmen sichergestellt?*
- *Welche Ausnahmen von einer generellen Liberalisierung gibt es im Bereich Verkehr?*
- *In welcher Form sind diese Ausnahmen im Bereich Verkehr sichergestellt?*
- *Welche Ausnahmen von einer generellen Liberalisierung gibt es im Bereich Energie und Umwelt?*

- *In welcher Form sind diese Ausnahmen im Bereich Energie und Umwelt sichergestellt?*
- *Wie kann trotz Stillstands- und Sperr- bzw. Ratchet-Klausel sichergestellt werden, dass gegebenenfalls einmal liberalisierte Dienstleistungen im Fall von Marktversagen oder anderen nachteiligen Auswirkungen auf die Öffentlichkeit rekommunalisiert werden können?*
- *Welche Studien über mögliche Auswirkungen von TiSA auf Österreich hat die Bundesregierung bzw. einzelne Ministerien bei wem in Auftrag gegeben und zu welchem Ergebnis sind diese Studien gekommen?*
- *Welche Studien über mögliche Auswirkungen von TiSA auf Österreichs ArbeitnehmerInnen hat die Bundesregierung bzw. einzelne Ministerien bei wem in Auftrag gegeben und zu welchem Ergebnis sind diese Studien gekommen?*
- *Welche Studien über mögliche Auswirkungen von TiSA auf Österreichs Frauen als Hauptbeschäftigte im Dienstleistungssektor hat die Bundesregierung bzw. einzelne Ministerien bei wem in Auftrag gegeben und zu welchem Ergebnis sind diese Studien gekommen?*
- *Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass Frauen als Hauptbeschäftigte im Dienstleistungssektor vor möglichen negativen Auswirkungen von TiSA geschützt sind?*

Es wird auf die Beantwortung der gleichlautenden parlamentarischen Anfrage Nr. 3527/J-BR vom 12. Juni 2018 durch die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort verwiesen.

Sebastian Kurz

